

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Steuererhöhungen zur Sanierung der Staatsfinanzen unumgänglich

Einsparungsmöglichkeiten werden von der Regierung kaum beachtet – Weniger Subventionen zur Ausgabenverminderung – Abbau von Reserven

(G. M.) – Steuererhöhungen sind zur Sanierung der Staatsfinanzen unumgänglich geworden. Auf diesen Umstand weist die Regierung in der Finanzplanung 1993–1997 mit aller Deutlichkeit hin, weil die Ausgabenüberschüsse im Planungszeitraum sogar die derzeit vorhandenen Reserven um etliche Millionen übertreffen werden: «Auch bei vollständigem Abbau der Fondsreserven verbliebe ein über Fremdkapital zu finanzierender Fehlbetrag von 58 Millionen Franken.»

Die Warnungen an die Adresse der VU-Finanzpolitik, in den Zeiten der Hochkonjunktur bei sparsamer Ausgabenpolitik möglichst viele Reserven anzuhäufen, um in wirtschaftlich angespannten Zeiträumen über Reservekapitalien zu verfügen, verhalten offensichtlich ohne Echo. Noch bei der Beratung des Budgets 1993, das Teil des Planungszeitraums mit den prognostizierten Fehlbeträgen und der wahrscheinlichen Verschuldung unseres Landes darstellt, unterstellte VU-Fraktionsprecher Reinhard Walser den Kritikern der VU-Finanzpolitik böse Absichten. Doch selbst im Bericht zur Finanzplanung hält die Regierung fest, dass die beabsichtigten Mehrausgaben nicht mehr aus den Reservefonds gedeckt werden könnten. Zur Sanierung der Staatsfinanzen schlägt die Regierung deshalb die Verlagerung von Ausgaben auf die Gemeinden sowie Steuererhöhungen vor. Angesichts der im schweizerisch-liechtensteinischen Wirtschaftsraum noch einige Zeit anhaltenden Rezessionstendenzen, wie von den Wirtschaftsinstituten prognostiziert, dürfte der Staatshaushalt wenige Möglichkeiten enthalten, um zur Stimulierung der einheimischen Wirtschaft beizutragen.

Welchen Zweck haben Reserven?

Dass der Staat ein antizyklisches Verhalten an den Tag legen sollte, um die Wirtschaft mit verschiedenen Massnahmen bei Rezessionen und konjunkturellen Abschwüngen stützen und ankurbeln zu können, ist unbestritten. Beim liechtensteinischen Staatshaushalt, der zu einem wesentlichen Teil von Einnahmen genährt wird, die den Steuermöglichkeiten im Inland weitgehend entzogen sind, können allerdings nicht die gleichen Massstäbe wie im Ausland angelegt werden.

Die von den VU-Politikern bei Kritik an ihrem Umgang mit den Staatsfinanzen immer wieder gebrauchte Formel, dass die Situation der Staatshaushalte im Ausland im Vergleich bedeutend schlechter sei, stellt deshalb eine kurzfristige Beschwichtigungspolitik dar. Aus dieser vergleichenden Bewertung leitet sich auch die unterschiedliche Auffassung über den Zweck der Fondsreserven ab: Während die FDP-Fraktion seit Jahren die Reserven als Rückstellungsmittel für schlechtere Zeiten und als Finanzierungsmittel für grosse Vorhaben betrachtet, sieht die Regierung den Sinn der Fondsreserven in einer «Ausgleichsfunktion», von der sie allerdings auch in wirtschaftlich sehr guten Zeiten reichlich Gebrauch macht: «Die Fondsreserven bilden Ersatz für die Senkung und Erhöhung der steuerlichen Belastungen und gehen von der Annahme aus, dass den Steuerpflichtigen besser gedient ist, mit gleichbleibenden Belastungen kal-

kulieren zu können, als mit Steuererhöhungen in Jahren mit geringerer Investitionstätigkeit und entsprechenden Steuererhöhungen in Rechnungsperioden, in denen die Investitionsausgaben zu einem höheren Abschreibungsbedarf führen.»

Steuererhöhungen kommen

Wie dem Budget 1993 und der Finanzplanung 1993 bis 1997 zu entnehmen ist, steht freilich ein Abbau der Reserven sowie eine gleichzeitige Erhöhung der Steuern bevor. Insgesamt 16 Millionen Franken möchte die Regierung in den nächsten Jahren durch Ausgabenverminderungen und durch Entlastungen bei den Subventionen «einsparen», weitere 16 Millionen Franken sollen durch die Erhöhung der Steuern in die Staatskasse fliessen. Was die Entlastungen bei den Subventionen bedeuten, wird jede Bürgerin und jeder Bürger in absehbarer Zeit als Form der indirekten Steuererhöhung in Erfahrung bringen können. Teilweise wird auch unter dem Deckmantel des Verursacherprinzips versucht, andere als den Staat die Kosten berappen zu lassen. In einer Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit, der steigenden Arbeitslosigkeit und wenig erfreulichen Wirtschaftsperspektiven für die nähere Zukunft fordert also der Staat mehr Geld von Bürgerinnen und Bürgern. Hätte man die Steuern zur Reservebildung in der Zeit der Hochkonjunktur erhöht, so wären sie wohl ohne

grossen Protest akzeptiert worden, zumindest hätte die Regierung das antizyklische Verhalten einiger Massen plausibel erklären können.

Hohe Bindung der Ausgaben

Da sich die Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu stark auf die beiden Faktoren Einnahmen und Ausgaben konzentrierte, obschon Finanzpolitik einen grösseren Umfang aufweisen würde, bleibt auch der Spielraum für jegliche Finanzpolitik in unserem Staatshaushalt gering. Aufgrund einer FDP-Interpellation im Jahre 1989, welche die Sorge um die Entwicklung der Staatsfinanzen schon zum damaligen Zeitpunkt zum Ausdruck brachte, hielt die Regierung in einem Bericht fest, dass der «Steuerungsspielraum» an den Gesamtausgaben lediglich 6,4 Prozent betrage – die anderen Ausgaben wurden damals als durch Gesetze oder andere eingegangene Verpflichtungen «gebunden» erklärt.

Die VU-Finanzpolitik kann deshalb auch als Beispiel für den Verlust an finanzpolitischem Handlungsspielraum gelten. Die Neigung der für die staatliche Finanzpolitik Verantwortlichen darf im vergangenen Jahrzehnt, was die finanzpolitischen Innovationen und deren Umsetzung in den Voranschlägen betrifft, als sehr gering eingestuft werden.

Konsequente Finanzpolitik?

Es bedurfte auch weiterer Vorstösse

der FDP-Fraktion in den vergangenen Jahren, um die Regierung zu einer Änderung ihrer Finanzpolitik zu bewegen.

Aus diesen Vorstössen und auch aus der Verweigerung der FDP-Fraktion, dem Voranschlag zuzustimmen, resultierten die «neuen finanzpolitischen Zielsetzungen», die zweifellos einen Anfang darstellen – nicht wie die «Rotstift-Aktion» der VU-Fraktion, die letztlich im Sande verlief und auch keine Fortsetzung fand.

Fast ein Jahr lang brauchte die Regierung, um auf eine Interpellation der FDP-Fraktion über die Entwicklung der Staatsfinanzen eine Antwort zu geben.

Ansätze zur Verbesserung der Situation sind in diesem Bericht enthalten, wenn es etwa heisst: «Es gilt daher, alle vertretbaren Massnahmen zur Eindämmung des Ausgabenwachstums und zur Verbesserung der Ertragsquellen wahrzunehmen, die Investitionsvorhaben nach Prioritäten einzustufen und mögliche Verschiebungen konsequent auszu-schöpfen, damit die Gesunderhaltung des Staatshaushalts beibehalten werden kann.» Nach jahrelangem Zusehen, wie sich die Schere zwischen dem Einnahmen- und Ausgabenwachstum immer weiter öffnete, kommt nun, ausgerechnet in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit, die Notwendigkeit zur Sanierung der Staatsfinanzen auf uns zu.

Der neue Regierungschef. Für Heimat, Fürst und Europa.



Markus Büchel



Die FDP. Die Fortschrittliche Bürgerpartei.

Titelblatt der FDP-Wahlbroschüre, die in dieser Woche an alle Haushaltungen unseres Landes geht.

FDP-Wahlbroschüre an alle Haushalte

Die FDP-Wahlbroschüre, die den Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, Markus Büchel, sowie die Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag in den Wahlkreisen Oberland und Unterland vorstellt, geht diese Woche noch in alle Haushalte unseres Landes. Die farbig illustrierte Broschüre gibt in knappen Worten einen ersten Überblick über die Vorstellungen des FDP-Regierungschefkandidaten und präsentiert die Landtagsmannschaft in Wort und Bild.

Die Broschüre wurde durch das FDP-Sekretariat an alle Haushaltungen in unserem Land verschickt. Sollte jemand noch weitere Exemplare benötigen, so stellt ihm das FDP-Sekretariat (Telefon 2 53 95) gerne die nötige Anzahl der schön gestalteten Broschüre zu.

Die erste Wahlbroschüre wurde nach dem erfolgreichen FDP-Parteitag in Eschen, in dessen Mittelpunkt die Kandidatenpräsentation stand, noch vor den Feiertagen an die Wählerinnen und Wähler verschickt. Die Feiertage geben die Zeit für Musse, aber die Zeit für Diskussionen innerhalb der Familien, in der Verwandtschaft oder im Freundeskreis. Die FDP wünscht allen frohe Festtage und viel Vergnügen beim Studium der Wahlbroschüre.

Aussenhandelsbilanz mit Exportüberschuss

Bern (spk) Die Schweizer Aussenhandelsbilanz hat im November 1992 einen Exportüberschuss von 518 Mio Franken (ohne Edelmetalle) abgeschlossen. Im Vorjahr betrug der Überschuss 166,4 Mio Franken. Zum dritten hintereinander folgenden Mal schloss die Aussenhandelsbilanz in diesem Jahr mit einem positiven Saldo ab. Allerdings schwächte sich das Ausfuhrwachstum deutlich ab.

Ohne den Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten führte die Schweiz im November Waren im Wert von 7585,7 Mio Franken aus und für 6907,8 Mio Franken ein.

Oben eitler Sonnenschein – unten ein Nebelmeer

Häufig in den letzten Tagen verdeckte eine Nebelschicht die Sicht aus dem Tal in die Sonne



Noch etwas wenig Schnee, aber teilweise doch sehr gute Pistenverhältnisse meldeten die Wintersportorte in den letzten Tagen. Die Weiterlage für die Talbewohner sah allerdings nicht immer vielversprechend aus, denn eine mehr oder weniger dichte Nebeldecke verhinderte die Sicht auf die Sonne. Dafür konnten die Bergbewohner auf eine schöne Nebellandschaft blicken. (Bild: Beat Schurte)

Weihnachtsaufruf des Liechtensteinischen Roten Kreuzes

Im Kinderheim des Liechtensteinischen Roten Kreuzes im Gamander in Schaan befindet sich bereits die zweite Gruppe von kroatischen und bosnischen Kindern aus ungarischen Flüchtlingslagern. Kinder, die aufgrund der Kriegswirren im ehemaligen Jugoslawien dorthin flüchten mussten.

Die Kinder können sich hier in Ruhe bei bester Betreuung vier bis fünf Wochen erholen. Nach Ablauf dieser Zeit kehren sie – ausgestattet mit neuen Kleidern und Schuhen – wieder zurück.

Angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes möchte ich die Bevölkerung Liechtensteins sehr herzlich um Geld-



Heaven Liechtenstein

Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes

spenden für diesen guten Zweck bitten.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest in Frieden und Gottes Segen für das neue Jahr.

Wir danken für Geldspenden an:

Postcheckkonto 90 10364-8 oder Liechtensteinische Landesbank Bank in Liechtenstein AG Verwaltungs- und Privatbank AG

Vermerk: LRK-Flüchtlingskinder

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Orangen aus Sizilien
(ungespritzt) 1 kg nur Fr. 2.-

Vollrahm UHT
1/2 Liter nur Fr. 2.70

Clementinen
1 kg nur Fr. 1.40

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SKIMODE
die gefällt

natürlich von

SchuhRisch
Sport kaufin schaan